



Ihre Gesprächspartner:

Franz Molterer, MAS  
Hannes Stockhammer

Stv. Direktor der Arbeiterkammer OÖ  
Leiter der AK-Bezirksstelle Kirchdorf

**AK Kirchdorf:  
Ausgezeichnete Leistungsbilanz 2009**

**1,3 Millionen Euro erkämpft!**

Pressekonferenz  
am Freitag, dem 26. Februar 2010, um 10 Uhr,  
in der AK-Bezirksstelle Kirchdorf

## Mit aller Kraft gegen die Krise

***Die gesamte Arbeit der Arbeiterkammer Oberösterreich im Jahr 2009 stand im Zeichen des Kampfes gegen die Krise und ihre Folgen, wie steigende Arbeitslosigkeit und Firmeninsolvenzen.***

Oberösterreich ist von der wirtschaftlich schlechten Lage besonders stark betroffen. Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr mit plus 42,6 Prozent nahezu doppelt so stark gestiegen wie im Bundesdurchschnitt (plus 22,6 Prozent). Inklusive Schulungsteilnehmern/-innen und Lehrstellensuchenden waren Ende des Jahres 52.617 Personen arbeitssuchend gemeldet. Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten hat sich in Oberösterreich zuletzt bei rund 10.000 eingependelt.

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung, die von der Arbeiterkammer vehement gefordert worden waren, haben noch Schlimmeres verhindert, reichen aber nicht. Die AK begrüßt daher ausdrücklich, dass Bundeskanzler Faymann ein weiteres Konjunkturpaket angekündigt hat, und fordert dessen rasche Umsetzung.

Zusätzlich hat die AK im Vorjahr ein eigenes Konjunkturpaket des Landes von 100 Millionen Euro für die Gemeinden gefordert. Wie wichtig diese Forderung ist, zeigt sich aktuell: Die Ertragsanteile (und somit die finanziellen Mittel) der Gemeinden werden heuer um 10,5 Prozent unter dem Niveau von 2008 liegen – die Zahl der so genannten Abgangsgemeinden steigt dramatisch. Das Land hat angekündigt, neue Bauprojekte der Gemeinden nicht mehr zu genehmigen und um zwei bis drei Jahre zu verschieben. Das heißt, dass die Investitionstätigkeit der Gemeinden über Jahre stark zurück gehen wird, obwohl es zahlreiche dringend notwendige Investitionsprojekte gibt – beispielsweise beim Ausbau der Infrastruktur für Kinder-, Schüler- und Seniorenbetreuung oder bei der thermischen Sanierung der rund 60.000 Gebäude in Gemeindebesitz. Alle Prognosen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. Deshalb warnt die AK davor, die Investitionstätigkeit der Gemeinden so stark einzuschränken und damit die Konjunkturbelebung zu gefährden.

Ein besonderes Problem, das aus Sicht der AK sofortiges Handeln erfordert, ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Gegenüber 2008 ist im abgelaufenen

Jahr die Zahl der Jugendlichen auf Arbeitssuche um 3092 Personen oder knapp 38,8 Prozent gestiegen, wobei der Anstieg bei der Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen mit 2203 Personen oder 48,7 Prozent extrem hoch ist.

Die AK hat daher im Vorjahr die Gründung einer eigenen Jugendausbildungsgesellschaft vorgeschlagen. Sie würde flächendeckend für ganz Oberösterreich alle Aktivitäten zur Berufsausbildung koordinieren. Doppelgleisigkeiten und Leerläufe könnten damit vermieden und die öffentlichen Mittel viel effektiver eingesetzt werden als bisher. Das Land Oberösterreich und die Unternehmerseite haben auf diese Idee bisher ablehnend reagiert. AK-Präsident Kalliauer hofft auf ein Umdenken: „Die Arbeiterkammer ist bereit, für die Gründung der Jugendausbildungsgesellschaft 500.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Wenn das Land und die Unternehmer mitziehen, könnten wir so ein neues Ausbildungssystem schaffen, das wirklich jedem Jugendlichen einen qualitätsvollen Ausbildungsplatz garantiert.“

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) prognostiziert, dass trotz aller Bemühungen die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr noch weiter steigen wird. Die Sicherung der Kaufkraft der Betroffenen hat daher höchste Priorität. Die AK Oberösterreich pocht auf eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes von derzeit 55 Prozent auf 75 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens. Denn jeder zusätzliche Euro für Arbeitslosengeldbezieher/-innen fließt direkt in den Konsum und stützt so die Wirtschaft.

## **Steigender Beratungsbedarf bei knappen Mitteln**

Angesichts der Wirtschaftskrise steigen auch die Anforderungen an das gesamte Beratungsteam der AK massiv – von den Experten/-innen im Arbeits- und Sozialrecht bis zu jenen im Insolvenzrechtsschutz. Parallel dazu sinken infolge der rückläufigen Beschäftigung die Einnahmen. Gespart wird überall, wo es möglich und sinnvoll ist, keinesfalls aber im Beratungsbereich. Im vergangenen Jahr waren 22,4 Millionen Euro für die arbeitsrechtliche Beratung und Vertretung der AK-Mitglieder reserviert. Heuer sind dafür 22,8 Millionen Euro vorgesehen, um rund 400.000 Euro mehr als im Vorjahr.

Insgesamt wurden im Vorjahr 377.773 Beratungen durchgeführt, eine Steigerung von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den Schwerpunkt bildeten 240.651 arbeits- und sozialrechtliche Beratungen (einschließlich der Lohnsteuerberatun-

gen), gefolgt von 117.735 Konsumenten-, 17.502 Bildungs- und 1.018 Beratungen im Rahmen der Funktionärebildung sowie 867 AK-Consult-Beratungen bei betrieblichen Problemen. 97,815.463 Euro an offenen Löhnen und Gehältern wurden 2009 in arbeitsrechtlichen oder Insolvenzverfahren für Mitglieder der AK Oberösterreich erkämpft, das ist eine Steigerung von 39,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2010 rechnet die AK mit 366.000 Beratungen und erstrittenen Summen von 85 Millionen Euro.

Die dramatische Lage auf dem Arbeitsmarkt führt bei den Arbeitnehmern/-innen verständlicherweise zu Verunsicherung und zu Ängsten, die nicht nur in den Beratungsgesprächen zu spüren, sondern auch an den Daten des österreichischen Arbeitsklima-Index abzulesen sind. Vor allem Arbeiter/-innen sahen Ende 2009 die wirtschaftliche Zukunft des Landes deutlich negativer als noch im Frühjahr. Auch die persönlichen Jobaussichten bewerten sie deutlich pessimistischer. Nicht einmal mehr die Hälfte (49 Prozent) der Arbeiter/-innen ist damit zufrieden. Bei den Angestellten hingegen ist der entsprechende Wert mit 63 Prozent stabil geblieben.

## **Vertrauen in die AK weiter gestiegen**

Dass unter diesen Voraussetzungen die Zufriedenheit der Mitglieder mit der AK von einem bereits hohen Niveau noch weiter gesteigert werden konnte, ist ein Beleg für die hohe Kompetenz und Professionalität der AK-Mitarbeiter/-innen. Eine repräsentative Umfrage im November 2009 ergab sensationell hohe Zufriedenheitswerte unter den AK-Mitgliedern. 89 Prozent der Befragten halten die Arbeiterkammer für eine wichtige, mehr als zwei Drittel davon für eine „sehr wichtige Interessenvertretung“. 56 Prozent der Mitglieder hatten bereits Kontakt mit der AK, am häufigsten per Telefon (43 Prozent). 94 Prozent von ihnen waren mit dem Kontakt zufrieden, 54 Prozent sogar „sehr zufrieden“.

Auch insgesamt ist das Vertrauen in die Arbeiterkammer von einem ohnehin schon sehr hohen Wert weiter gestiegen: Auf einer Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 5 (großes Vertrauen) erhält sie von ihren Mitgliedern den Mittelwert 3,66 (2008: 3,59) und liegt damit – gleichauf mit der Gebietskrankenkasse (Mittelwert 3,67) – unter allen großen Institutionen ganz vorne, deutlich vor der oberösterreichischen Landesregierung (3,25) und der Wirtschaftskammer (3,22).

## **AK Kirchdorf – eine starke Partnerin**

Die AK Kirchdorf ist eine starke Partnerin für ihre Mitglieder. Das bestätigt die Bilanz 2009. Schwerpunkt war auch für die AK Kirchdorf der Kampf gegen die Krise und ihre Folgen. Tausende Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk haben im Vorjahr Rat und Hilfe gesucht.

## **Die Krise im Bezirk Kirchdorf**

Im Bezirk Kirchdorf hat die Arbeiterkammer 21.509 Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit ist im Jahresdurchschnitt 2009 gegenüber dem Vorjahr mit plus 35,8 Prozent etwas weniger stark gestiegen als auf Landesebene (plus 42,6 Prozent). Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (plus 22,6 Prozent) hingegen ist die Arbeitslosigkeit in Kirchdorf stärker gestiegen. Inklusive Schulungsteilnehmern/-innen und Lehrstellensuchenden waren Ende des Jahres 1815 Personen arbeitssuchend gemeldet.

Weniger stark gestiegen, aufgrund der Folgewirkungen für die Zukunft aber besonders problematisch, ist die Jugendarbeitslosigkeit. Seit dem Vorjahr ist die Zahl der Jugendlichen unter 24 Jahren auf Arbeitssuche um 52 Personen (plus 18,5 Prozent) auf 333, die der in Schulung befindlichen Jugendlichen um 49 (plus 38,6 Prozent) auf 176 gestiegen.

Besonders viele Beschäftigte mussten im Vorjahr Konkurse ihrer Arbeitgeber verkraften. Insgesamt meldeten 2009 im Bezirk Kirchdorf 25 Unternehmen Insolvenz an. Von diesen Insolvenzen waren 369 Arbeitnehmer/-innen betroffen.

Durch die Krise musste auch die Arbeiterkammer Kirchdorf einen enorm hohen Bedarf an Rechtsberatung und Rechtsvertretung bewältigen.

## **6.482 Rechtsberatungen**

6.482 AK-Mitglieder wandten sich 2009 mit arbeits- und sozialrechtlichen Fragen an die Arbeiterkammer Kirchdorf. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Steigerung von mehr als 20 Prozent, ein klares Indiz dafür, dass die Wirtschaftskrise den Kirchdorfer Arbeitnehmern/-innen zunehmend zu schaffen macht. Vor allem die telefonische Rechtsberatung wurde verstärkt in Anspruch genommen und hat sich wieder bestens bewährt. Dem Großteil der 5212 Anrufer/-innen wurde sofort geholfen.

Zu einem persönlichen Beratungsgespräch sind im Vorjahr 1268 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Bezirksstelle Kirchdorf gekommen. Die meisten Fragen wurden zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen und den damit verbundenen Ansprüchen gestellt. Auch Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Urlaub, Lehrverhältnisse und Altersteilzeit waren häufige Themen.

Das Beratungsangebot der Bezirksstelle umfasst auch Fragen aus dem Sozialrecht, wie Ansprüche auf Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Witwen/- und Waisenpensionen, Versehrtenrenten aus Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, Pflegegeld usw. Bei Ablehnung eines Antrages gewährt die AK auch kostenlosen Rechtsschutz, falls eine Klage den AK-Rechtsexperten/-innen sinnvoll und erfolgversprechend erscheint. Im Vorjahr hat die AK 36 Kirchdorfer/-innen in sozialrechtlichen Angelegenheiten vor Gericht vertreten und dabei Zahlungen in der Höhe von 524.767 Euro für die Betroffenen erreicht.

### **1,285.306 Euro Vertretungserfolg**

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen kam zur Beratung die Vertretung. Durch 40 außergerichtliche Interventionen haben die Rechtsexperten der AK Kirchdorf im Vorjahr 79.864 Euro an vorenthaltenem Entgelt eingebracht.

In 25 Fällen musste die AK Kirchdorf wieder bis vor Gericht gehen, damit die Betroffenen ihr Geld erhielten. 242.880 Euro wurden auf diesem Weg erkämpft. Dabei ging es hauptsächlich um offene Löhne und Gehälter, aber auch um Sonderzahlungen, Überstundenentgelte und Abfertigungsansprüche.

Hinzu kommen die Beträge, die bei Insolvenzvertretungen für Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk durchgesetzt wurden: 2009 mussten in Insolvenzverfahren für Kirchdorfer Arbeitnehmer/-innen 962.562 Euro hereingebracht werden. Damit hat die AK Kirchdorf im Vorjahr für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 1,285.306 Euro erreichen können.

Aufgrund der Wirtschaftskrise gab es besonders viele Anfragen bezüglich Arbeitgeberkündigungen und Änderungskündigungen, aber auch zur Bildungskarenz und zu Arbeitszeitreduktionen. Weiters kamen viele Anfragen zu Aussetzverträgen und Wiedereinstellungsvereinbarungen.

Fristlose Entlassungen waren ein häufiges Thema. Aber auch mit der verspäteten Bezahlung von Löhnen und Gehältern hatten Arbeitnehmer/-innen im Vorjahr zu kämpfen. Ansprüche aus der Auflösung von Arbeitsverhältnissen werden oft erst nach Intervention durch die AK abgerechnet und beglichen.

Aber auch das außergerichtliche Einschreiten der AK genügt nicht immer: Manche Unternehmen bleiben trotzdem alles schuldig. Dann müssen die Ansprüche beim Arbeits- und Sozialgericht eingeklagt werden. Oft müssen Unternehmer wegen relativ geringer Beträge geklagt werden, wie im folgenden Beispiel. Und selbst nach einem rechtskräftigen Urteil ist keineswegs sicher, dass bezahlt wird. In einigen Fällen kommen die Arbeitnehmer/-innen nur zu ihrem Geld, wenn die AK ein Exekutionsverfahren ankündigt oder einleitet.

## **Beispiele aus der Vertretungspraxis**

Gerade jetzt in der Krise häufen sich die Fälle, wo Unternehmer geringste Meinungsverschiedenheiten nützen, um verdiente Mitarbeiter/-innen loszuwerden.

Weil sie den Urlaubszuschuss einforderte, der ihr laut Kollektivvertrag zustand, verlor eine Leiharbeiterin aus Bad Hall ihren Job. Ihr Arbeitgeber hatte die Auszahlung mit der Begründung verweigert, dass eine angebliche Betriebsvereinbarung Gegenteiliges regeln würde. Als die Frau darauf hinwies, dass eine Betriebsvereinbarung keineswegs kollektivvertraglich festgelegte Arbeitnehmerrechte außer Kraft setzen könne, bekam sie zwar das Geld überwiesen, wurde aber sofort und sogar rückwirkend gekündigt. Die AK Kirchdorf stellte fest, dass die Kündigung fristwidrig erfolgt war und dass bei der Endabrechnung auch Überstundenentgelt, Sonderzahlungen, Urlaubersatzleistung und andere Beträge fehlten. Die offene Summe von fast 3500 Euro zahlte die Firma erst, als die AK eine Klage androhte.

In einem weiteren Fall wurde der Werkstättenmeister eines Landmaschinen-Reparaturbetriebes auf der Stelle entlassen, weil er einen aufgebracht schreienden Kunden höflich aber bestimmt zur Mäßigung gemahnt hatte. Sein Arbeitgeber wertete das als geschäftsschädigend. Als die AK den Unternehmer darauf hinwies, dass keinerlei Grund für eine Entlassung vorliege, wandelte dieser zwar die Entlassung in eine Kündigung um, zahlte dem Mann aber lediglich rund 1700 Euro aus. Unbezahlt blieben fast 12.000 Euro an offenem Lohn, Sonderzahlungen und Kündigungsentschädigung. Die AK musste für den Arbeitnehmer vor Gericht ge-

hen und bekam recht. Der Unternehmer musste seinem ehemaligen Arbeitnehmer sämtliche offenen Beträge nachzahlen.

Immer wieder versuchen Firmen auch Arbeitnehmern, die sie gekündigt haben, auch noch Geld aus der Tasche zu ziehen. So etwa in folgendem Fall:

Nicht schlecht staunte ein Vorchdorfer Arbeitnehmer, als sein ehemaliger Arbeitgeber, eine Laserschweißfirma, von ihm plötzlich eine Strafzahlung von 36.000 Euro forderte. Er habe, so die Firma, gegen eine im Dienstvertrag vereinbarte Klausel verstoßen, weil er innerhalb eines Jahres nach Verlassen der Firma bei einer Konkurrenzfirma zu arbeiten begonnen habe. Der Mann wandte sich an die AK um Hilfe, diese ging für ihn vor Gericht. Die Konkurrenzklausel sei nichtig, da sich ja die Firma von dem Mann getrennt habe, argumentierte die AK. Die Firma behauptete nun, der Mann sei wegen schuldhaften Verhaltens gekündigt worden, wodurch das Konkurrenzverbot sehr wohl gelte. Da sie aber keine der angebliebenen Verfehlungen des Arbeitnehmers belegen konnte, wurde die Klage zu 100 Prozent abgewiesen und die Firma musste auch die Verfahrenskosten von 6000 Euro tragen.

## **Regional- und Interessenpolitik**

Die AK vertritt die Interessen der Arbeitnehmer/-innen in sozialpartnerschaftlichen Gremien wie dem AMS-Beirat und dem Regionalforum Steyr-Kirchdorf.

Steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit waren brennende Themen im AMS-Beirat. Mit zusätzlichen Kursen und bedarfsgerechten Qualifizierungsmöglichkeiten - insbesondere auch für jugendliche Arbeitssuchende - wurde versucht, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten.

Im September hat die AK zu den Themen Karenz, Kinderbetreuungsgeld und beruflicher Wiedereinstieg gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice und der Gebietskrankenkasse eine Informationsveranstaltung für Eltern durchgeführt. Rund 40 Mütter und Väter nahmen daran teil.

Auch mit Kulturveranstaltungen versucht sich die AK im Bezirk zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen und Fragestellungen zu positionieren. Bei einem Filmabend im Rahmen der AK-Kultur Filmreihe wurde im ausverkauften Kino Kirchdorf der Film „Let's make money“

gezeigt, der kritisch das durch die aktuelle Krise hoch brisante Thema der Funktionsweise unserer globalen Finanzwirtschaft beleuchtet. Im Anschluss diskutierten AK-Bezirksstellenleiter Hannes Stockhammer, der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der AK OÖ Dr. Josef Moser sowie Vertreter des ÖGB mit dem Publikum.

Und zum Thema „Mobbing“ wurde von der Schauspielgruppe „theaternyx“ vor 50 Besuchern/-innen das Theaterstück „Bandscheibenvorfall“ im Saal der AK Kirchdorf aufgeführt.

## **Bildungsberatung**

Antworten auf alle Fragen rund um das Thema Weiterbildung gibt es ebenfalls in der AK-Bezirksstelle Kirchdorf. Unsere persönliche und individuelle Bildungsberatung steht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jeden zweiten Montag nach vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung. Im vergangenen Jahr haben 37 Personen dieses Service genutzt.

## **Sozialrechtsberatung**

Eine weitere wichtige Serviceleistung der AK Kirchdorf waren 2009 auch die Spezialberatungen zu verschiedenen Sozialrechtsthemen - wie Pension, Pflegegeld, Versehrtenrente, Mutterschafts- und Karenzfragen. Insgesamt haben den AK-Sozialrechtsexperten/-innen der AK Kirchdorf 80 persönliche Beratungsgespräche geführt.

## **Sport**

An den AK-ÖGB-Bezirksmeisterschaften im Asphaltstockschießen, im Mannschaftskegeln sowie im Hallenfußball beteiligten sich im Vorjahr insgesamt sich 587 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

## **Ausblick auf 2010**

Da die AK-Mitglieder neben der Beratungstätigkeit auch die Informationsveranstaltungen für bestimmte Zielgruppen sehr gut annehmen, werden diese Veranstaltungen 2010 weitergeführt.

Der Elterntipps-Infoabend ist bereits ein fixer Bestandteil des jährlichen AK-Angebotes. Und unter dem Titel „Cash wa fesch“ ist eine Veranstaltung für Berufsschülerinnen und Berufsschüler zu Themen wie Schuldnerberatung, Suchtprävention, Konsumenteninformation und Weiterbildung geplant.

Wichtige Arbeitsschwerpunkte werden die Themen Jugendbeschäftigung und Beschäftigung im Allgemeinen sein. Gemeinsam mit den anderen Sozialpartnern, regionalen Betrieben, Institutionen und NGOs der Region strebt die AK die Einrichtung eines regionalen Beschäftigungspaktes an. Durch einen solchen Pakt sollen unter anderem folgende Aktivitäten vorangetrieben werden:

- Maßnahmen zur Vorbereitung von Jugendlichen auf die Arbeitswelt
- Erhöhung der Frauenerwerbsquote verbunden mit Chancengleichheit
- Anhebung der Qualifikation von Beschäftigten und Arbeitslosen
- Unterstützungsmaßnahmen für beschäftigungspolitisch Benachteiligte
- Schaffung neuer Arbeitsplätze

## **AK im Internet**

Die AK-Bezirksstelle Kirchdorf ist nicht nur vor Ort, sondern auch online für ihre Mitglieder da. Unter [www.arbeiterkammer.com/bezirksstellen/Kirchdorf.htm](http://www.arbeiterkammer.com/bezirksstellen/Kirchdorf.htm) findet man das gesamte AK-Leistungsangebot für den Bezirk, Veranstaltungshinweise und –berichte samt Fotos sowie wichtige Dokumente, u.a. die Daten zur Einkommensentwicklung und zur Lage der Arbeitnehmer/-innen im Bezirk. Die AK Kirchdorf konnte die Zugriffe auf ihre Bezirksseite im Vorjahr von 7500 auf mehr als 11.000 steigern und liegt damit an der Spitze der AK-Bezirksstellen.

## **AK Kirchdorf – Serviceangebot**

### **Öffnungszeiten**

Montag bis Donnerstag      7.30 Uhr bis 16.00 Uhr  
Freitag                              7.30 Uhr bis 13.30 Uhr

### **Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten**

**Persönlich:** während der Öffnungszeiten

Um Terminvereinbarung unter der Telefonnummer 050/6906-4611 wird gebeten.  
Damit werden längere Wartezeiten vermieden.

**Telefonisch:** während der Öffnungszeiten und am Dienstag bis 19 Uhr unter der  
Telefonnummer 050/6906-1 aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif

### **Bildungsberatung**

**Persönlich:** jeden zweiten Mittwoch im Monat von 15.00 – 17.00 Uhr nach  
telefonische Terminvereinbarung unter 050/6906-4611 aus ganz Österreich  
zum Ortstarif

### **Sozialversicherungs-Spezialberatung**

persönliche Beratungen in der Bezirksstelle Kirchdorf durch AK-Sozialrechts-  
experten/-innen nach vorheriger Terminvereinbarung unter 050/6906-4611

### **Unsere Adresse:**

4560 Kirchdorf, Sengsschmiedstraße 6

Tel: 050/6906-4611 (aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif)

Fax: 050/6906-4699

E-Mail: [kirchdorf@akooe.at](mailto:kirchdorf@akooe.at)

Internet: [www.arbeiterkammer.com](http://www.arbeiterkammer.com)